

AUFSCHLUSSREICHE UNTERREDUNG DES MOUVEMENT ECOLOGIQUE MIT FINANZMINISTER GILLES ROTH

In einer rezenten Unterredung mit Finanzminister G. Roth wurden verschiedene Dossiers diskutiert, die von besonderer Relevanz aus Umweltsicht sind und das Ressort des Finanzministeriums betreffen.

Das Recht von Firmen Länder vor Schiedsgerichten zu verklagen

Der Mouvement Ecologique hatte rezent ein Dossier zu dieser Thematik von europäischen Umweltverbänden veröffentlicht. In diesem wird anhand von 10 Fallbeispielen dargelegt, dass zahlreiche heute bestehender Abkommen zwischen Staaten Firmen erlauben, Länder vor Gericht auf zig Millionen, ja sogar Milliardenentschädigungen zu verklagen. Dies u.a. nur deshalb, weil die betroffenen Länder Entscheidungen im Sinne von z.B. Menschenrechten oder Umwelt- / Klimaschutz schutz treffen, welche die Gewinne der Firmen schmälern (könnten).

Luxemburg wird derzeit von dem russischen Oligarchen Mikhail Fridman auf gut 15 Milliarden Euro Schadensersatz verklagt (mittels sogenannter „Schiedsgerichte“), da dessen Gelder aufgrund der von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Russland eingefroren wurden. Diese „Affaire Fridman“ ist eine besondere Situation, da es um einen EU-Beschluss geht. In anderen dargelegten Fällen wurden Staaten verklagt, weil sie z.B. fossile Energien zurückdrängen wollen und Firmen aus diesem Bereich deshalb keine oder weniger Gewinne machen können. Luxemburg hat äußerst zahlreiche dieser europa-weiten Verträge, aber auch solche lediglich mit den Benelux-Ländern unterzeichnet. Der Mouvement Ecologique fordert die Regierung auf, diese Schiedsgerichte in den Verträgen zu beenden (im Falle der Benelux-Verträge z.B.) bzw. auf EU-Ebene dafür einzutreten.

Der Minister legte dar, dass er sich nicht konkret zur Affäre Fridman äußern könne. Was die Schiedsgerichte und die Verträge im Allgemeinen betreffen würde, lägen sie nicht spezifisch in seiner Kompetenz als Finanzminister. Ansonsten wäre Luxemburg in zahlreichen Verträgen ein Partner von mehreren. Die Entscheidung würde somit auch auf EU-Ebene liegen, Luxemburg würde keinen Alleingang machen.

Auf Rückfrage des Mouvement Ecologique, ob Luxemburg denn auf EU-Ebene für eine Aufhebung dieser Schiedsgerichte eintrete, verwies er darauf, dass dies nicht die vorrangige Kompetenz des Finanzministers sei.

Green budgeting / Reduktion der umweltschädlicher Subventionen

In mehreren EU-Ländern werden sogenannte „green budgets“ erstellt. In diesen wird untersucht, inwiefern der Staat einerseits Gelder sinnvoll im Bereich der grünen Transition investiert und andererseits staatliche Budgetmittel zur Umweltzerstörung beitragen. Die Resultate derartiger Analysen sind beeindruckend. Größere Länder investieren jeweils Milliardenbeträge in Projekte, die de facto die Klima- und Biodiversitätskrise befeuern. Der Mouvement Ecologique regt deshalb seit Jahren an, dass auch Luxemburg eine derartige

Analyse erstellt, die als Anhang zum Staatsbudget auch Gegenstand der politischen Diskussion sein sollte.

Gilles Roth zeigte sich offen für eine solche Neuerung, insofern sie nicht die heutige Budgetstruktur in Frage stelle. So habe er bereits im Staatshaushalt 2026 Elemente des PIB-du bien être eingeführt. Auch sei sein Ministerium in europäischen Gremien (u.a. OECD) zur Thematik des „green budgeting“ vertreten.

Plan social pour le climat

Luxemburg erstellt derzeit, wie alle EU-Länder, einen sogenannten „Klima- und Sozialplan“, der finanzschwächere Haushalte in der Transition begleiten soll. Dies unter der Federführung der Ministerien für Umwelt und Wirtschaft. Es fand ein allgemeiner Austausch zu diesem so wichtigen Plan statt. Wichtig ist es dabei, über die seitens EU zur Verfügung gestellte Gelder hinaus, ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Umweltsteuern und -abgaben

Tatsache ist, dass erhebliche Investitionen für die sozial-ökologische Transition notwendig sind. Parallel ist gewusst, dass derzeit das Verursachen von Umweltschäden unentgeltlich bzw. zu billig ist. Luxemburg ist jedoch EU-weit Schlusslicht im Erheben von Umweltsteuern. Einerseits führt dies dazu, dass umweltbelastendes Verhalten und Produktionsweisen (in)direkt vom Staat gefördert werden und andererseits muss die Allgemeinheit letztlich für die Folgekosten aufkommen. Deshalb setzt sich der Mouvement Ecologique seit Jahrzehnten für eine nachhaltige Steuerreform ein. Betroffen wären vor allem der Landwirtschafts- sowie der Mobilitätsbereich. Aber in anderen Bereichen, z.B. auch auf Energieebene, wären Kurskorrekturen notwendig.

Derartige steuerliche Mechanismen könnten durchaus von Interesse sein, so der Minister. Wenn es auch einen politischen diesbezüglichen Entschluss der Abgeordnetenkommer gebe, würde er sich einer derartigen Vorgehensweise nicht versperren.

Angesprochen wurde auch seitens des Mouvement Ecologique die Frage der Einführung eines sog. „Malus“-Systems, das bei der Im-



matrikulation von Verbrennerautos mit mittleren bzw. hohen Emissionswerten, diese entsprechend finanziell zu Kasse bittet. Frankreich hat ein solches System eingeführt, das z.T. empfindliche Abgaben von Bürger:innen in solchen Fällen nach sich zieht.

Minister Roth warf die Frage auf, ob die Einführung eines solchen Systems – aufgrund früherer Erfahrung – auf ausreichend Akzeptanz stoßen würde.

Entwicklung der CO₂-Steuer

Die EU-Mitgliedsstaaten müssen zwischen 2027 und 2030 das ETS2 Emissionshandelssystem einführen, welches Gebäude- und Verkehrsemissionen bepreisen wird. Dieses Emissionshandelssystem wird die bestehende CO₂-Steuer in Luxemburg ablösen – hier gilt es nach Ansicht des Mouvement Ecologique den Übergang so graduell wie möglich zu gestalten um den betroffenen Sektoren die Möglichkeit der Anpassung zu geben und auch wichtige soziale Maßnahmen wie den Klima-Sozialplan umzusetzen.

Ab 2026 wird eine Tonne CO₂ in Luxemburg 45€ kosten. Dies wäre, so der Minister, auch der Richtwert für Luxemburg im Rahmen der ETS2. Derzeit wüsste niemand, wie sich dieser Wert entwickeln würde, auch aufgrund von EU-Entscheidungen.

Die weiteren Entwicklungen müssten verfolgt werden.

Insgesamt ein sehr sachlicher und aufschlussreicher Austausch. Im Januar soll eine weitere Sitzung stattfinden.

GUTT, DATT SECH LEIT GEWIERT HUNN!

Erinnern Sie sich an die Diskussionen um die Firma Knauff im Süden des Landes? Besorgte Bürger:innen und auch der Mouvement Ecologique setzten sich damals dagegen ein, dass die Firma sich in Luxemburg niederlassen würde. Das Argument: Veralterte Produktionsprozesse und -methoden, die eine Gefahr für Umwelt und Gesundheit darstellen.

Wenn man den Beitrag im Quotidien dieser Tage muss man sagen: Recht hatten sie! Wie gut, dass es dieses Engagement gibt.

Und man wünscht den französischen Kollegen und Einwohner:innen viel Kraft.

mardi 14 octobre 2025

GRANDE RÉGION

Quotidien

7

EN LORRAINE

«Les nuisances sont réelles. Elles ne sont pas dans nos esprits»

ILLANGE L'arrêt de la cour administrative d'appel confortant la validité du permis d'exploiter de l'usine Knauf Insulation a laissé perplexes les plaignants.

C. F.
(Le Républicain lorrain)

En 2018, l'association Stop Knauf Illange et un collectif d'associations environnementales attaquent la validité du permis d'exploiter de Knauf Insulation au tribunal administratif. Les plaignants sont déboutés et font appel. «L'instruction du dossier s'est arrêtée en août 2022. À partir de cette date, plus aucun apport complémentaire n'a été possible. Notre avocat a adressé des courriers, des mails, mais aucune des mises en demeure successives n'a été jointe au fond», résume Danielle Sansalone.

Tenter d'identifier l'origine des odeurs

Alors, jeudi dernier, quand la cour administrative d'appel rend son arrêt où le permis d'exploiter de l'usine de fabrication de laine de roche est conforté, et où l'on peut lire que les valeurs limites des rejets sont respectées, la présidente de l'association Stop Knauf n'est pas vraiment surprise. «On s'y attendait... Mais on ne se laissera pas déstabiliser! Les nuisances sont réelles. Elles ne sont pas dans nos esprits, nous n'avons pas rêvé qu'il existe des odeurs, des dégagements intenses, des dépassements de seuils, des envois de poussières...»

Depuis 2022, l'usine enchaîne les dysfonctionnements qui pénalisent les plus proches riverains et les mises en demeure de la pré-

fecture se succèdent. «C'est pas pour rien qu'une commission de suivi de site a été créée», souligne Danielle Sansalone. Ce genre d'instance est habituellement réservée aux sites classés Seveso, ce que Knauf Insulation n'est pas. Au printemps 2023, un dégagement particulièrement malodorant irrite au plus haut point les plaignants. Un an plus tard, à la barre du tribunal de police de Thion-

ville, l'entreprise est condamnée à 5 000 euros d'amende pour atteinte à l'environnement. En février 2025, des débris de laine de roche s'éparpillent dans la nature : on en retrouve dans les jardins, au parc de jeux, dans la cour de l'école... Le système a été perfectionné depuis, «mais ça ne s'arrête jamais». Pas plus tard que le 3 septembre dernier, la

préfecture adresse deux nouvelles mises en demeure à l'industriel : il doit désormais fournir la liste de tous les composants utilisés pour fabriquer la laine de roche afin d'identifier au mieux l'origine des odeurs qui posent tant de soucis. Après chaque problème, chaque dépassement de seuil de poussières ou de composants, des mesures correctives ont été prises

par l'industriel, mais sur la question des odeurs, le sujet se tend. «Quelque part, c'est tout le fonctionnement de cette usine qui est pointé du doigt (...). Les prochains mois seront déterminants. On a tous hâte de voir s'ils parviennent à produire sans le hant chimique malodorant. En attendant, ce sont nos vies quotidiennes qui en pâtissent», insiste Danielle Sansalone.



Les riverains dénoncent les nuisances de l'usine. L'actualité leur a donné raison à plusieurs reprises.